

Bemerkungen zu den 10 Thesen Peter Fleissners zur Wissenschaftspolitik

Ich bewundere den Mut Peter Fleissners und akzeptiere auch – allerdings nicht ohne Einwände - seine Thesen. Mut gehört tatsächlich dazu, eine solche zentrale Thematik linker Debatten seit Anfang der neunziger Jahre wieder aufzugreifen und völlig neue Ansatzpunkte einzuführen. Tatsächlich waren die damaligen Versuche, einem linken Wissenschaftsbegriff auf die Beine zu helfen und darauf eine neue linke Wissenschaftspolitik zu begründen, nicht von Erfolg gekrönt;¹ sie waren zu theoretisch, wenngleich ich nach wie vor der Meinung bin, dass jede Politik eine gesellschaftstheoretische Verankerung haben sollte; sie waren auch nicht gut handhabbar, weil von den Grundsätzen zur Konkretion eine zu große Lücke klaffte, und zu manchen Problemen stießen die Verfasser auf fundamentale Widersprüche in den Reihen der PDS, was vor allem die nach wie vor umstrittene Frage der Umsetzung der Gentechnik betraf, aber auch die Haltung zur Nutzung der Atomenergie. Das Ergebnis war, dass die Wissenschaftspolitik der PDS sich auf pragmatische Stellungnahmen zu den in der Bundesrepublik in den Parlamenten aufgeworfenen Entscheidungsfragen beschränkte und – zu allem Übel – in dieser Bescheidenheit bis in die Grundsatzpapiere der angepeilten Linkspartei hineinwirkte. Denn dort wird sowohl zur Wissenschaftspolitik als auch zur nicht weit davon angesiedelten Technologiepolitik so gut wie nichts gesagt. Leider hat sich auch die beim Bundesvorstand der PDS konstituierte Bundesarbeitsgemeinschaft „Wissenschaft“ Ende der neunziger Jahre aufgelöst; zugleich stellte sie das Erscheinen ihrer „Beiträge zur Wissenschaftspolitik“ nach dem Heft 1 ein. Danach blieb die Verständigung über diesen hochwichtigen Themenkreis so gut wie aus. Linke Wissenschaftspolitik ist also nicht gerade ein Ruhmesblatt in der Politikgeschichte der PDS – die Linkspartei kann hier nur positiv überraschen.

Doch wie soll der Startschuß aussehen? Fleissners Thesen reichen natürlich nicht aus, um die vielen Gegenstandsfelder einer linken Wissenschaftspolitik abzudecken. Was sie in erster Linie leisten könnten, wäre ein Wiederaufgreifen früherer Debatten, vielleicht auch ein Versuch zu bestimmen, wie Wissenschaftspolitik theoretisch verortet werden kann. Dann müsste man sich einigen, worin die wichtigsten konkreten Handlungspunkte bestehen und – was ich für wichtig erachte - in welchen Fragen man mit den maßgeblichen aktuellen wissenschaftspolitischen Forderungen und Aktivitäten konform gehen kann und mit welchen nicht. Dabei gehe ich von der Annahme aus, dass ein so komplexes Feld gegenseitiger Durchdringung von Wissenschaft, Ökonomie, Bildung und Kultur viele neue und noch längst nicht analysierte Interdependenzen aufweist, die sich keiner politischen Richtung gewissermaßen von selbst öffnen. Was heute die Losung von der „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ an Realfaktoren enthält, bedarf intensiver soziologischer, ökonomischer und wissenschaftstheoretischer Grundlagenforschung. Die Linke lebt in diesen Fragen – man verzeihe mir diese allerdings gut gemeinte Attacke – von der Hand in den Mund, muß sich ständig auf neue Reformideen anderer Parteien einlassen, anstatt selbst solche einzubringen.

¹ Verwiesen sei auf die Beiträge von Hubert Laitko, Hans-Gert Gräbe, Benjamin Hoff, Jochen Gläser, Sabine Voigt, Bernd Rupp und viele andere, die ich hier nicht alle aufführen kann.

Das ist der Ausgangspunkt, von dem aus ich zu Fleissners Thesen argumentieren möchte. Was mir an den Thesen von Peter Fleissner zusagt, möchte ich gleich an den Anfang stellen: Er geht von einem umfassenden Begriff und Verständnis von Wissenschaftspolitik aus, indem er aktuelle Entwicklungsformen und Aufgabengebiete der Wissenschaft einbezieht, die sich aus der Verankerung der Wissenschaft und ihrer Institutionen in soziale Systeme ergeben. Insofern wird kein „reiner“ Wissenschaftsbegriff² zugrunde gelegt, aber auch nicht der Versuch gemacht, nationale Spezifika des politischen Umgangs mit Wissenschaft in den Vordergrund zu rücken. Neuland also. Und so ist es auch verständlich, wenn er dabei die Funktionalität von Wissenschaft vor dem Hintergrund der aktuellen sozialen, ökonomischen, politischen und ethischen Interessenlagen betont. Das erinnert an die im Vorstehenden bereits zitierte theoretische Vorleistung der marxistischen Wissenschaftstheorie, obwohl Fleissner sie nicht expressis verbis benennt und entsprechend herausstellt: gemeint ist das seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als „Vergesellschaftung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Gesellschaft“ bezeichnete Problembündel, das diese gegenseitige Verwobenheit von Wissenschaft/Technik und Gesellschaft hervorhebt. Diese Begrifflichkeit verweist auf Marxens Analysen und hatte seinerzeit einen durchaus antizipierenden Charakter. Seine aktuelle Durcharbeitung erfuhr er durch die marxistische Forschung seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.³ Es liegt nahe, von dieser These ausgehend den inzwischen vollzogenen Verwissenschaftlichungsprozeß der Gesellschaft erneut ins Auge zu fassen; vielleicht wäre es ganz nützlich, dass wir uns darauf besinnen, was wir damals schon wussten?⁴ Und nicht nur wir, die marxistischen Linken von damals. Blättert man heute gelegentlich mal in der noch nicht marxfremden Literatur vor 1990, wird man erstaunt sein, in welchem Umfang auch im Schrifttum der wie wir damals schrieben „bürgerlichen“ Literatur Marx herangezogen worden ist.⁵ Ich verweise auf diesen Umstand gleich eingangs, weil im Grunde genommen heute keine entsprechenden Bemühungen nach einer hinlänglichen gesellschaftstheoretischen Verankerung von linker Wissenschaftspolitik (und entsprechend natürlich auch von linker Technologiepolitik) zu sehen ist. Es liegt viel vor; was fehlt, ist eine neue, auf Analysen der letzten Dezennien fußende historisch-strukturelle Übersicht. Das ist an dieser Stelle natürlich kein Vorwurf an Fleissners Adresse. Aber es zeigt eine Bruchstelle an, vor der wir stehen, wenn wir daran gehen wollen, theoretisches Vermächtnis aufzuarbeiten.

Aber noch ein zweiter, kritischer Punkt verdient Beachtung: das auf die Marxsche Theorie bezogene gesellschaftstheoretische Fundament hat heutzutage ganz offenkundig keinen theoretischen Kredit mehr. Auch das hat natürlich mannigfache Gründe. Viele dieser Startannahmen von damals sind zu Selbstverständlichkeiten geworden. Man ist aber

² Soll hier heißen ein Wissenschaftsbegriff, der sich ausschließlich auf die Eigenlogik der Wissenschaft bezieht.

³ Hier soll nur das als „Richta-Report“ bezeichnete Standardwerk aus der damaligen marxistischen wissenschaftstheoretischen Literatur erwähnt werden: Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der technisch-wissenschaftlichen Revolution auf die Produktionsverhältnisse. Hg. von Radovan Richta und Kollektiv. Makol-Verlag, Bielefeld 1971. Eine frühere Fassung erschien 1968 unter dem Titel „Zivilisation am Scheideweg“.

⁴ Das wäre natürlich ein Kritikpunkt an die Adresse Peter Fleissners, der diese Tradition rundweg ausspart.

⁵ Auch hier begnüge ich mich mit nur wenigen Verweisen: Peter Weingart: Wissensproduktion und soziale Struktur. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1976. Gernot Böhme, Michael von Engelhardt (Hg.): Entfremdete Wissenschaft. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1979; Günther Ropohl: Technologische Aufklärung. Suhrkamp, Frankfurt am Main 1991.

inzwischen auch klüger im analytischen Umgang mit dem, was man mit der vielzitierten „Verwissenschaftlichung“ eingreifend anstellen kann. Oder vollzieht sich diese im Alleingang? Ist alles Gestaltung, beruht aller weitere Fortschritt von Wissenschaft und Technik auf Reformen? Schaut man auf bestimmte wissenschaftsgeprägte Bereiche wie die Reform der Vorschulerziehung, die Neugestaltung der Erziehungs- und Bildungsziele im Schulwesen, die Neufassung der universitären Ausbildung und der Curricula, könnte man annehmen, dass sich alles Neue als Ausdruck der Entschlusskraft von Politikern und eines qualifizierten Wissenschaftsbeamtentum vollzieht. Die soziale Umwelt bangt dann nur um das Augenmaß in der Spannung zwischen Bewahren und Verändern. Das Bewahren muß der Einsicht folgen, dass Wissenschaft als Reformobjekt stets auch gestaltende Eigendynamik in sich trägt wie sie in den sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens schon gestaltend drinsteckt, bereits Reformschubkraft ist und selbst nahelegt, was zu verändern ist. Das Verändern muß maßvoll sein, darf keine Spezifika löschen, sondern muß als eigenes System organisiert und in Funktionszusammenhänge integriert werden. Also die Beobachtungen zu dem, was bei der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft täglich wirklich geschieht, verweisen bereits auf die Kernanliegen einer nötigen Bildungsreform. Vereinheitlichung, klare Strukturen, Abstimmung der Curriculae, Entlastung von Bürokratie, das Rückgängigmachen des Ballastes, den bisherige Reformbemühungen inzwischen angehäuft haben. Da kann man durchaus mit der für die deutschen Hochschulen völlig unhistorischen Ausbildungsstufen der Bachelors und Masters beginnen, wenngleich sich dieser Reformaspekt inzwischen schon so tief in das Ausbildungsleben eingegraben hat, dass eine Aufhebung zu einer teuren Angelegenheit werden würde. Aber was soll die Vielfalt der neuen „Marterwerkzeuge“⁶ wie „Modularisierung“, „Zertifizierung“, „Akkreditierung“, „Benchmarking, nicht zu vergessen die „Ratingagenturen“ als vorgebliche Organe der Qualitätssicherung - und so weiter und so fort. Die Reform der Universität muß Traditionelles schonend beibehalten und darf nie aus dem Auge verlieren, was man immer schon als die Kulturwelt der Wissenschaft bezeichnet hat. Das deutsche Hochschulwesen ist gerade deshalb im Ansehen der Weltwissenschaft so nachahmenswert gewesen, weil es über die beiden letzten Jahrhunderte, grob gerechnet, im wesentlichen dasselbe geblieben ist.

Hier stoßen wir gleich noch einmal auf die Frage einer theoretischen Fundierung von Reformpolitik - ohne ein überzeugendes theoretisches Fundament bewegt man sich in der Politik ständig nur von Stichpunkt zu Stichpunkt und verfügt über keine einheitliche Argumentation, welche Rolle Wissenschaft und Technik heutzutage spielen, was also eine Verwissenschaftlichung der Gesellschaft wirklich bedeutet. Denn nur in einem solchen Zusammenhang gewinnt eine wissenschaftspolitische Argumentation Überzeugungskraft und jene Form von Überlegenheit, die sich durch Folgerichtigkeit und Unaufdringlichkeit abstützt. Wer in einer Welt hochgestochener theoretischer Ansprüche und geradezu krankhaftem Selbstglaubens gelebt hat, weiß um die Schwäche von Anmaßung und Kritiklosigkeit im eigenen (Be-)Reiche.

⁶ Ich lehne mich hier an eine Argumentation von Jürgen Mittelstrass an: Wie die Lust an der Wissenschaft ausgetrieben wird, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 8. 2009, S. 6.

Problematisch wird ein solcher Versuch immer dann, wenn er die eigene Geschichte zu diesem Thema ausspart. Ich möchte das am Schicksal der starken marxistischen These von der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft noch einmal kurz aufgreifen und explizieren. Denn diese These blieb nicht lange unwidersprochen und wurde bereits Ende der siebziger Jahre aus ideologischen Gründen unterlaufen und infrage gestellt. In den Häusern der Macht fand man heraus, dass die Formulierung von der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft die höchst unterschiedliche auf die divergenten Eigentumsverhältnisse zurückgehende Systemprägung von Kapitalismus und Realsozialismus übergeht. Der Vorwurf, dass diese These Konzessionen an die sog. „Konvergenztheorie“ machen würde, lag damit nahe. Wer fortan behauptete, dass die Fortschritte in Wissenschaft und Technik die beiden gesellschaftlichen Systeme angleichen würden; Kapitalismus und Sozialismus sich dann nicht mehr durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse unterscheiden, sondern nur noch durch den Stand der Entwicklung der Produktivkräfte, durch Wissenschaft und Technik, war den entscheidenden Schritt zu weit gegangen. Denn die Öffnung der SED mit Beginn der siebziger Jahre in Richtung auf uneingeschränkte Akzeptanz und Nutzung der neuen wissenschaftlichen Gestaltungsmethoden vor allem im Bereich der Kybernetik, Systemtheorie und Organisationswissenschaften drohte ja, die für organisatorisch-technische Abläufe kaum wirklich nutzbare „dialektische“ Methoden ins zweite Glied zu rücken, also ein Herzstück der herrschenden Sozialphilosophie als nutzlos zu erklären. Und das war tatsächlich ein Sakrileg! Hinzu kam, dass nach dieser These im Systemvergleich die entwickelten kapitalistischen Staaten der realsozialistischen Welt überlegen seien – was ja offensichtlich war zumindest für diejenigen Staatsbürger, die sich durch Medien und sinnliche Eindrücke mit der realen Entwicklung in der kapitalistischen Welt vertraut machen konnten.

Diese Erinnerung an sozialistische Wissenschaftspolitik sollte uns heute lehren, wie eng sich wissenschaftliche Analyse und politisches Wunschdenken berühren und gegenseitig ausschalten können. Heute steht für die Linken selbstredend kein konvergenztheoretischer Vorwurf mehr zur Debatte. Aber Wunschdenken ist eine aktuelle Gefahr überall dort, wo ökonomische Interessen politisch überformt werden und maßgeblich das Handeln bestimmen.

Peter Fleissner erblickt deshalb zu recht eine Hauptaufgabe aktueller Wissenschaftspolitik darin, Analysen der wissenschaftsrelevanten Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext von Wissenschaft wie umgekehrt der gesellschaftlichen Veränderungen im Kontext von Wissenschaft in Gang zu bringen. Wissenschaftspolitik kommt ohne Analyse dieser Vorgänge nicht aus – die Frage bleibt, wer sich solcher Analyse widmet?! Nach Fleissner müsse es die Wissenschaft sein, die eine Analyse der aktuellen Krisensituation in sozialen und ökonomischen Bereichen vornimmt.

Gerade an diesem Punkte ist die erste Gegenfrage zur Darlegung Fleissners am Platze. Geht es an, möchte man fragend einwenden, dass die Wissenschaftspolitik *den Wissenschaften* ein neues komplexes Forschungsgebiet zuweist, wie es Fleissner in These 2 fordert – eben die Analyse der Krisensymptome und der „dahinterliegenden Mechanismen“? Wäre das nicht im Höchsthfall eine Aufgabe für Teile der ökonomischen Wissenschaften, verbunden mit einigen politologischen Interpretationen? Nimmt man die von Fleissner im weiteren explizierten Analysefelder mitsamt der Herausarbeitung von entsprechenden Alternativen hinzu

(„Tobinsteuern, bedingungsloses Grundeinkommen, verbesserte soziale und informatorische Infrastrukturen, neue nachhaltige Lebensstile und Produktionsweisen, erneuerbare Energiequellen, Förderung von Inklusion der Ausgegrenzten und Diskriminierten, Überalterung der Bevölkerung etc.“), wächst zwar der Umfang der dafür nötigen Wissenschaftsdisziplinen, betrifft jedoch den weitaus größten Teil der Wissenschaft überhaupt nicht! Zugleich wirft diese Aufzählung die Frage auf, inwieweit Fleissner hier die Aufgaben der Politik mit denen der Wissenschaft in einen Topf wirft. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass politische Forderungen (nehmen wir mal das „bedingungslose Grundeinkommen“) die Wissenschaft zur abprüfenden Unterstützung heranziehen können, was ja auch geschieht. Nun muß man allerdings davon ausgehen, dass die Analyseergebnisse zu den zitierten Problemfeldern ihrer ganzen Natur nach schlecht in das Raster „wahr – falsch“ passen! Die entsprechenden Wissenschaftsdisziplinen könnten in diesem Falle nicht zu mehr als zu bloßen Wahrscheinlichkeitsaussagen kommen. Das dürfte bereits vorher feststehen. Denn – dass ein solches Grundeinkommen *sowohl* möglich *als auch* vermeidbar sein kann, liegt als „wissenschaftliche Antwort“ sehr nahe. Die prüfende Wissenschaft kommt also zu der Erkenntnis, dass es mehrere denkbare, also sinnvolle Antworten auf diese Frage gibt. Was soll also eine solche Analyse, wenn man dieses Resultat schon vorher gewusst hat? Hat aber damit der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik nicht schon vorher seine angestrebte politikunterstützende Kraft eingebüßt? Das muß zwar nicht für alle von der Politik ausgehenden Fragestellungen gelten, aber auf die von Fleissner im Klammerausdruck der These 2 angegebenen politischen Fragen, die ich weiter oben zitiert habe, trifft das gewiß zu.

Das führt natürlich zu der Konsequenz, dass es nicht so sehr wissenschaftliche Analysen sind, die die Politik befördern, sondern kräftig gestützte Interessen sich auf die „Sowohl-als-auch“-Natur derartiger Analysen berufen, um einträgliche Geschäfte zu befördern! Wie kann es sonst sein, dass zwei mit namhaften Wissenschaftlern bestückte politische Parteien in der Bundesrepublik zur Frage der Nutzung der Atomenergie in der Energiepolitik zu einem lupenreinen Patt gelangen? Politik orientiert sich nun mal vordergründig an Interessen, weniger am Eigengesetzlichen von Objekten. Und um sachadäquate Politik zu machen, bedarf es in der Regel rascher Entscheidungen – auch nicht gerade eine Tugend von Wissenschaft! Damit lehne ich keinesfalls die analytische Kraft der Wissenschaft gegenüber den gegenwärtigen politikgeschuldeten Krisen und Sachproblemen ab. Aber den analytischen Entscheidungsrahmen muß man genau bestimmen. Der Analyse zugänglich sind politisch geschuldete Fehlentwicklungen, wobei die Aufdeckung der Fehlerhaftigkeit längst nicht garantiert, dass man die richtige Wissenschaftspolitik in petto habe. Als Beispiel diene hier die Bilanz der Absolventenquote pro Jahrgang an diplomierten Ingenieuren im deutschen Hochschulwesen. Mit sage und schreibe 2,6 % Anteil am deutschen Absolventenstand platzieren sich Diplomingenieure im Weltvergleich an 20. Stelle, einen Platz hinter Neuseeland!⁷ Sieht man beispielsweise auf Gentechnik, Stammzellenforschung und Atomkraft sowie auf die aus dem industriellen Umgang mit Ressourcen resultierenden Umweltbedrohungen, dann vermisst man schmerzlich genaue und verlässliche Zahlen; oft

⁷ Zitiert nach einer OECD-Studie in den VDI-Nachrichten vom 12.09.2008.

genug ist die Auswahl aus entsprechenden Studien höchst subjektiv.⁸ Und das ist natürlich ein gefundenes Fressen für Vermutungen und politische Thesen, die dann nicht selten als wissenschaftsgestützt ausgegeben werden. Wer einmal vergleicht, was zur die Umwelt gefährdenden Rolle des Kohlendioxids in letzter Zeit an gemessenen Daten publiziert worden ist, stolpert geradezu über die der Öffentlichkeit damit vorgelegten Diskrepanzen.⁹ Dann beginnt die hohe Zeit von Glaubenskriegen um die Akzeptanz der Umsetzung scheinbar wissenschaftsbegründeter Handlungsempfehlungen – oder der Sieg der Politik über die Wissenschaft!

Eine ganz wichtige Frage, vor der jede Wissenschaftspolitik steht, betrifft die Förderung der Wissenschaft und ihrer Institutionen selbst, worauf Fleissner in These 4 eingeht. Hier berühren wir die Frage, inwieweit Wissenschaftspolitik sich auf die Eigenlogik der Wissenschaft orientieren muß oder diese Förderung gänzlich außerwissenschaftlichen Entscheidungslagen geschuldet ist..

Dieser Eigenlogik möchte ich noch einen Gedanken widmen, da sie nicht nur gegenwärtig ziemlich an den Rand gestellt erscheint; und das quer durch alle politischen Strömungen. Auch die Linken haben hier gesündigt. Wir haben tatsächlich im linken Politisieren um und mit der Wissenschaft uns nahezu abgewöhnt, in der Wissenschaft eine ganz eigene geistige Kultur zu erblicken. Eigentlich ist es ein konzeptioneller Vorzug der linken Politik, dass sie Wissenschaftspolitik nicht mit Blick auf Profit und Wettbewerb ausrichten muß. Es ist natürlich problematisch, den Linken zu empfehlen, ihre Wissenschaftspolitik unter Ausschluß der Themen Wettbewerb und Profit zu orientieren und dagegen nur die Themenbereiche der humanen und Bildungspotentiale der Wissenschaft zu setzen. Wissenschaftspolitik in einem von den Linken mitregierten Deutschland (da Wissenschaftspolitik zu guten Teilen Ländersache ist, geht es hierbei also ganz und gar nicht nur um Zukunftsmusik!) muß sich selbstredend auch den Erfordernissen erfolgreichen Forschens zuwenden und genau prüfen, wo und wie hier Marktwettbewerb im nationalen und internationalen Maßstab zu kalkulieren ist und wo ein solcher Wettbewerb auf Profitstreben und globalen Kapitalismus hinausläuft. Also das, was sich jenseits der humanen Wertverpflichtung der Wissenschaft in der und mit der Wissenschaft vollzieht! Auf der anderen Seite betrachtet kapitalorientiertes Forschen die Wissenschaft als ein Materialbündel, mit dem man „umgehen“, das man „ausschöpfen“ muß. Und dieser Umgang wird heutzutage nahezu ausschließlich von außerwissenschaftlichen Faktoren bestimmt; entweder sind dies Effektivitätsgesichtspunkte, Anwendungsprobleme, Kostenrechnungen, Maßnahmen zur Lenkung von Wissenschaft, Übervorteilung der kleinen Kapitale durch die großen etc. In einer solchen Sicht ist Wissenschaft nichts weiter als ein Stück profitorientierter Wirtschaftsrealität. Wie sich hier die in der Eigenkultur von Wissenschaft steckenden Wertfragen noch zu behaupten vermögen, haben die letzten rund 25

⁸ Ich verweise hier auf den Beitrag von Eckehard Franz in diesem Heft, in welchem überraschende Informationen zu den ökologischen Krisensituationen vorgestellt werden.

⁹ Aus jüngster Zeit nur zwei Beispiele: Erstens der Aufsatz „Freispruch für CO₂? Immer mehr Wissenschaftler zweifeln an der Klimaschädlichkeit des unreaktiven Gases.“ In: www.laufpass.com. 2009; zweitens die Internetmitteilung eines Interviews mit Steffen Hentrich, einem der maßgeblichen liberalen Umweltaktivisten, zu den Grundzügen einer liberalen Umweltpolitik, der hervorhebt, dass eine „überstürzte Energiepolitik“ Arbeitsplätze bedroht – deutlich mit ablehnendem Bezug auf die Behauptung der Grünen, wonach die Erstellung alternativer Windenergien bereits Arbeitsplätze in hoher sechsstelliger Anzahl erbracht habe. In: WNeumannBuerogMM@aol.com.

Jahre Wissenschaft gezeigt – in der wissenschaftspolitisch inaugurierten Gründung von Expertenkommissionen, in denen auch Vertreter von Interessengruppen eine Rolle spielen, Wie die Arbeitsprotokolle des Nationalen Ethikrates zeigen, geht es hier tatsächlich um Fragen der ethischen Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Diverse andere Kommissionen auf verschiedenen Ebenen von Wissenschaft und Wirtschaft spiegeln aber sehr wohl auch das Interesse der pharmazeutischen Industrie und der Produzenten von Futtermitteln, Saatgut und Pflanzenschutzmitteln wider, die sich aus der Grünen Gentechnik Milliardenprofite errechnen. Hier nun muß man die rhetorische Frage stellen, inwieweit man diese Ausnutzung der neuen biologischen Wissenschaftsgebiete plötzlich tränenden Auges bedauert, wo man schon hunderte Jahre lang erfahren hat, dass neue Wissenschaftsresultate stets den gleichen Weg genommen haben – von der Entdeckung zur Industrie und dann zum Profit. Der Kampf gewisser politischer Kreise gegen die Grüne Gentechnik, der zu großen Teilen über das Argument geführt wird, dass man gegen die Grüne Gentechnik kämpfen müsse, weil diese in den Händen der Saatgutindustrie ein neuer Unterdrückungsfaktor sei, setzt zudem die Schuldfrage am weltbeherrschenden Kapitalismus an der falschen Stelle an – er schiebt die historische Schuld an den privatkapitalistischen Eigentumsverhältnissen auf die Wissenschaft. Linke Wissenschaftspolitik wird natürlich nie der Saatgutindustrie helfend zur Seite springen; und bei der Klarstellung der kausalen Zusammenhänge gibt es nichts schön zu färben. Aber ein Kampf gegen die Wissenschaft ist für linke Wissenschaftspolitik undenkbar; und wenn sie besonderes Augenmerk auf die soziale Verträglichkeit vieler neuartiger Forschungslagen und –ergebnisse legt, hat das nichts mit Ablehnung der Wissenschaft und bestimmter neuer Technologien zu tun. Aber – diese Grenze ist eben auch leicht zu überspringen! Zudem nützt es nichts sich auf bloße Verbotsstrategien und allgemeine Warnschilder beschränken. Der oft im Zusammenhang mit Finanzfragen in der Wissenschaftsstrategie (parlamentarisch) geäußerte Antrag an die Wirtschaft, sich an der Forschungs- (Grundlagenforschung) und Ausbildungsfinanzierung zu beteiligen, bedarf kluger Abwägung, keinesfalls prinzipieller Ablehnung a priori. Die Wirtschaft als haushoher Favorit bei der Nutzung neuer Wissenschaftsresultate ist auch moralisch verpflichtet, sich an den Kosten zu beteiligen, wobei der gesetzliche Rahmen garantieren muß, dass hier keine zusätzlichen Privilegien festgeschrieben werden.

Die Haltung der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ist in den hier aufgelisteten Betrachtungsebenen teilweise höchst unterschiedlich. Der Vorwurf der Grünen an die Adresse von CDU/CSU und FDP, die Fristen für den Auslauf der Atomkraftwerke keineswegs überzeugend mit energiepolitischen Erwägungen zu begründen, sondern allein aus Profitgründen einzufordern, spricht eine deutliche Sprache. Eine Million Euro täglich an zusätzlichem Gewinn verspricht die Hinauszögerung der Abschaltung! Und da es zur Zeit tatsächlich so aussieht, als ob die erneuerbaren Energien die Energielücke in Spitzenzeiten sowie bei Havarien nicht überbrücken können, findet dieses Profitargument sogar eine scheinbar überzeugende Widerlegung. Spricht man heutzutage von „rechter“, „grüner“, „liberaler“ oder „linker“ Wissenschaftspolitik, weiß man also stets gesellschaftliche Interessen im Spiel, die sich oft genug hinter „objektiven Erfordernissen“ verbergen. Nun sind derartige Interessen an sich ja nichts Schlechtes – die Frage ist immer, wie diese sich einer wissenschaftlichen (also selbst interessenfreien) Analyse darstellen. Das Profitmoment dürfte dabei zum ambivalentesten Interessenpool der modernen Gesellschaft gehören. Einmal ist ja unbestritten, dass es als gewaltiger Entwicklungsmotor historisch und aktuell die Geschichte

prägte, zum anderen zu guten Teilen an den Schreckensbilanzen der Menschengattung mit-, wenn nicht gar hauptschuldig war. Aber mir geht es hier nicht um das Abwägen von Schuldbilanzen, sondern um die Besinnung auf die humanistischen Anliegen jetzt, hier und heute.

Wenn wir Fleissners Caveat richtig verstehen, fühlt er sich der „linken“ Wissenschaftspolitik verbunden. Einige zentrale bzw. anzustrebende Inhalte dieser Politik sowie ihrer gesellschaftstheoretischen Verankerung hatte ich im Vorstehenden schon berührt – eine präzise und umfassende systematische Definition mag andernorts erfolgen, ich beschränke mich hier auf die Thesen Fleissners und den ganz in diesem linken Sinne von ihm benannten humanistischen Auftrag von Wissenschaft und Bildung. Und natürlich gehört das ganze Vermächtnis der Selbstzeugenschaft großer Wissenschaftler hinzu, die Wissenschaft nur zu friedlichen Zwecken und zur Förderung der Wohlfahrt des Menschengeschlechts zu nutzen; so meilenweit die Wissenschaft davon gegenwärtig auch entfernt sein mag, darf das Ideal der Wohlfahrt und Bildung des Menschengeschlechts nie aus dem politischen Kalkül heraustreten. Und die Bewahrung der Eigenkultur von Wissenschaft gehört dazu, womit ein ganzes Bündel von Faktoren gemeint ist, die den unverwechselbaren Grundbestand von Wissenschaft sichern, gleichsam ihr Profil und ihre Würde garantieren.¹⁰ Dort eben stellt sich die Frage, in welcher geistigen Welt entfaltet Wissenschaft ihre Stärken; und in welcher materiellen Welt wächst sie zu einem bestimmenden Faktor gesellschaftlicher Produktivität. Beides muß nicht unbedingt miteinander korrespondieren. Genaue Untersuchungen zu dieser Frage liegen mir nicht vor; es läßt sich aber vermuten, dass der erstgenannte Faktor häufig unterschätzt, der nächstgenannte häufig überschätzt wird.

Kommen wir zu einem Themenbereich, der durch linke Wissenschaftspolitik abgesichert werden muß, was jedoch angesichts des mitbeherrschenden Einflusses der politischen und juristischen Umwelt eine ziemlich komplexe Frage ist. Gemeint ist die vielzitierte Freiheit der Wissenschaft, die von Fleissner nur indirekt berührt wird, aber fraglos ein Kernstück linker wissenschaftspolitischer Forderungen sein muß.

Freiheit der Wissenschaft im strengen Sinne des Wortes ist heute nur noch schwer zu garantieren, wenngleich sie eine Forderung des Grundgesetzes ist. Dieser strenge Wortessinn beträfe zum ersten die juristische Garantie, dass sie unbeschränkt forschen kann und selbst über die Maßstäbe ihrer Reproduktion verfügt. Allein beides ist nicht unter allen Bedingungen aufrecht zu erhalten, weshalb ich hier nicht den Versuch unternehmen kann, diesen juristischen Umfang auszumessen. Auch ist unklar, ob es nicht Bedingungen für wissenschaftliche Arbeit geben kann, die der Freiheit der Wissenschaft widersprechen, aber im höheren Interesse aus moralischen oder anderen Gründen verboten werden, wie sie es ja beim Stammzellengesetz vorgeführt bekam. Denkbar sind auch Situationen, in denen Wissenschaftler unter Bedingungen arbeiten, die stark eingeschränkt sind, aber in Übereinstimmung mit dem Arbeitnehmer weitergeführt werden. Dazu könnte man Fragen des Patentrechtes, des geistigen Eigentums, der Geheimhaltung und anderes mehr rechnen. „Linke“ Wissenschaftspolitik muß jedoch sichern, dass die spezifischen Rechte aller in der

¹⁰ Der Begriff der „Würde“ der Wissenschaft ist aus dem gegenwärtigen Schrifttum über Wissenschaft und Gesellschaft gleichsam ausgeschieden. Man muß Hermann Klenner danken, dass er dieses schöne Ideal aus der Geschichte der Wissenschaftsphilosophie wieder ausgegraben hat mit der Neuherausgabe von Francis Bacons wunderbarer Schrift „Über die Würde und die Förderung der Wissenschaft“ (1605/1623); bei Haufe, Freiburg u.a., 2006.

Wissenschaft Tätigenden gewährleisten sind. Dazu gehört auch – gewissermaßen im Umkehrschluß – das Recht der Verweigerung von Forschungsarbeiten, wenn diese aus moralischen Gründen nur bedingt zumutbar sind. Andererseits kann man die Wissenschaft schlecht aus ihrer prägenden Umwelt herauslösen. Das ist ein echtes Dilemma! Auf der einen Seite ist Wissenschaft unbestreitbar noch (in welchem Umfang, das ist hier die große Frage!) eine eigenständige Reproduktionsganzheit. Ehe man damit Politik macht, sollte man die Eigenheiten dieser Ganzheit ermitteln. Auf der anderen Seite sind viele Anwendungsfelder ohne interessenbedingte Lenkung der Forschung von außen nicht mehr denkbar. Freiheit der Wissenschaft ist offenbar in beiden Bereichen relevant, bekommt diese Freiheit aber nirgends auf dem silbernen Tablett serviert. Als Reproduktionsganzheit muß sie für die Akzeptanz ihrer Eigendynamik kämpfen; als außengelenktes System gegen die damit ihr auferlegten Zwänge. Aber in der Wissenschaftspolitik wird dieser Dualismus von inneren und äußeren Triebkräften der Wissenschaftsentwicklung in der Regel nicht berücksichtigt. Nur allmählich bestimmen wieder einige innerwissenschaftliche Faktoren die Debatten – erst jüngst hat die Leibniz-Sozietät ein zweitägiges Symposium zum Problem der Transdisziplinarität durchgeführt. Eine eindeutige wissenschaftsinterne Sachlage! Die Sektionen Wissenschafts- und Technikforschung sowie Umweltsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie haben unlängst das auf den ersten Blick irritierende Thema „Zur Ästhetik der schöpferischen Zerstörung“ debattiert, will heißen sich der Frage zugewandt, wie aus dem Geist technisch induzierter Zerstörung von Natur neue Naturen entstehen (was den Terminus „schöpferisch“ erklärt). Doch derartige Betrachtungen sind wissenschafts- wie technologiepolitischen Strategien nach wie vor fremd. Ganz eindeutig zielt aktuelle Wissenschaftspolitik viel stärker auf ein interessengerichtetes Zurechtbiegen von Wissenschaft (und Technik) als auf das engagierte Ermitteln ihrer inneren Logik. Es ist nicht zuviel behauptet, dass dieser Aspekt in den wissenschaftspolitischen Konzeptionen verschiedenster Couleur kaum Beachtung findet.

Ich komme noch einmal auf die von Peter Fleissner in den Thesen 1 und 2 dargelegte Position zurück, wonach die Wissenschaft beauftragt werden müsse, auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Krisensituationen zu reagieren und die Krisensymptome und die „dahinterliegenden Mechanismen“ zu analysieren. Der Gesellschaft müssen ihren Intentionen gemäß Alternativen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Organisationsformen zur Verfügung gestellt werden – die Wissenschaft bekommt also eine Forschungsaufgabe zugewiesen, eine der komplexesten Bedrohungen der gegenwärtigen Weltwirtschaft aus der Welt zu schaffen bzw. ein verlässliches Rezept dafür vorzulegen. Der erste Einwand, der einem beim Lesen dieser These in den Sinn kommt, besteht in der Feststellung, dass mit einer solchen Aufgabenzuweisung faktisch ein Großteil der Wissenschaftsdisziplinen außen vor gelassen wird. Zudem sollte man Wissenschaftspolitik doch wohl unter keinen Umständen auf eine Aufgabenzuteilung für die Wissenschaft projizieren. Man kann ja noch über die Forderung nach Alternativen diskutieren, aber ist es realistisch, dies ohne Angabe von Rahmenbedingungen zu tun, unter denen man sich die Zukunft dieser unserer Welt vorstellt? Diese Rahmenbedingungen jedoch dürften geballte Interessengegensätze zum Ausdruck bringen – wie soll die Wissenschaft damit fertig werden? Geht es an, zur Lösung dieser Frage ein interessenunabhängiges Team aufzustellen? Wenn es bereits parteinahe sozialwissenschaftliche Forschungsinstitute gibt, liegt es nahe, diese Frage zu verneinen. Oder will man abwarten, was die Wissenschaften selbst für Weltzukunftspläne

vorlegen werden, um sich dann diesen anzuschließen, denn das Wort der Wissenschaft gilt ja nach wie vor etwas, wenn es auch nicht mehr als „heilig“ angesehen wird – selbst nicht mehr in den Augen der Wissenschaft, wo die Meßlatte zur Frage „wahr – relativ wahr“ sehr hoch angelegt ist. Aber es ist ja unleugbar, dass bislang vorgelegte Weltszenarien aus der Wissenschaft heraus keinerlei gesellschaftliche Rezeption gefunden haben.¹¹ Es liegt also nahe, diese Forderung Fleissners als Wunschbild zu charakterisieren. Zeigt nicht schon die derzeitige Debatte um die Grüne Gentechnik, dass sich niemand unter den politischen Lagern mit dem Wort der Wissenschaft zufrieden gibt? Da es auch seriöse Wissenschaftler gibt, die gegenüber den neuen Gen-Schöpfungen aus den Labors der Biologen nicht nur Skepsis, sondern auch totale Ablehnung der Gentechnik vortragen, ist an eine wissenschaftliche Klärung dieser Fragen zur Zufriedenheit aller zumindest zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu denken. Also – wir sollten die Wissenschaftspolitik nicht überfordern. Sie kann – wie in der Geschichte der neueren Wissenschaft nicht selten – gewaltige Geldsummen locker machen, um für die vermeintliche oder echte Sicherheit der betreffenden Nation bestimmte militärische Programme (oder auch Prestigeziele) zu befördern und damit Prioritäten setzen. Aber sollte sie damit und durch andere mögliche wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen auch in das System der Wissenschaften und die Bewertung von Forschungsthemen hineinregieren? Diese Frage zu verneinen klingt wie eine Nachricht aus dem Wolkenkuckucksheim. Freiheit der Wissenschaft als Ideal ist doch wohl längst schon durch derartige Praktiken unterminiert. Den Finger auf diese Wunde zu legen ist unbedingt Anliegen „linker“ Wissenschaftspolitik; was damit gegen die militärischen Produktionskomplexe zu bewirken ist, steht tatsächlich auf einem anderen Blatt.

Das berührt nun auch die Frage nach der Rolle privater Interessen gegenüber der Wissenschaft – auf einen Schwachpunkt auch in Sachen „Freiheit der Wissenschaft“ sei hingewiesen. Blicken wir auf das ganze Ensemble der faktischen Unterstellungsebenen von Wissenschaft (und Bildung). Nach seriösen Schätzungen kann man davon ausgehen, dass rund 70 % der forschenden Wissenschaftler für die Industrie arbeiten und von dieser bezahlt werden. Das bedeutet natürlich auch, dass hier die Industrie allein über die Definition der Forschungsthemen verfügt. Damit ist ein weiteres Dilemma aufgezeigt: In der realkapitalistischen Gesellschaft bestimmen (bemühen wir den Marxismus) die Eigentumsverhältnisse den Umgang mit diesem Forschungs komplex, an den, wie erwähnt, 70 % der Forscher gebunden sind. Man möchte hoffen, dass Wissenschaftspolitik von den Oppositionsbänken aus diese Sachlage verändern kann. Jedoch mehr als eine Modifizierung ist kaum möglich. Wissenschaft unterliegt in der kapitalistischen Gegenwart den Gesetzmäßigkeiten dieser Gesellschaftsformation – in der DDR-Wissenschaftstheorie nannten wir das die „Formationsspezifika“ von Wissenschaft. Zu dieser Spezifika gehört aber auch – damit streifen wir eine weitere Frage, die Peter Fleissner aufgeworfen hat – die Fähigkeit

¹¹ Wer erinnert sich nicht mehr an die nahezu überbordenden „Gewissheiten“, die für die DDR-Leserschaft schon 1960 vorgelegt wurden von Karl Böhm und Rolf Dörge: Unsere Welt von morgen. Verlag Neues Leben, Berlin. Die sowjetische Lesart kam in Gestalt des im Urania-Verlag 1982 verlegten Buches „Die Zukunft der Menschheit“ von G. Ch. Schachnasarow in die Buchläden. Nicht in die Hände des damaligen DDR-Leserpublikums gelangte die superoptimistische Darstellung der zu erwartenden Sachlage in Umwelt und Gesellschaft des damaligen Chefideologen der US-amerikanischen Futurologen-Szene Herman Kahn: Vor uns die guten Jahre. Ein realistisches Modell unserer Zukunft, F. Molden, Wien u.a. 1977. Die Berichte des Club of Rome, gegründet 1968 von Aurelio Peccei, setzten die Maßstäbe weitgehend verlässlicher Analytik, auf die sich die späteren UNESCO-Studien stützten.

einiger Forschungsfelder zur Reflexion der eigenen Lebenswelt. Die Marxsche Theorie ist ein Beispiel dafür; die alternativen Sozialwissenschaften, die in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik in stattlicher Anzahl anzutreffen waren, kann man ebenfalls als historische Vorbilder derartiger Wissenschaften bezeichnen. Insofern möchte ich der These Fleissners, durchaus zustimmen, daß aus der Wissenschaft heraus die neue Gesellschaftstheorie geboren werden könne. Natürlich wird das Ringen um die Gesellschaft der Zukunft nicht mit Dissertationen entschieden. Inwieweit die Humanisierung von Wissenschaft und die Sozialisierung ihrer Resultate durch gedankliche Arbeit wenigstens annähernd erreicht werden kann, sollte man nicht gleich in Bausch und Bogen Ob die Befreiung der Wissenschaft vom „Marktgehorsam“ hierbei eine Rolle spielen wird, was Peter Fleissner in These 3 mit Bezug auf die Universität der Zukunft erhofft, mag dahingestellt sein. Daß etliche vor allem naturwissenschaftliche Institute in die Marktmechanismen eingebunden sind, trifft ja zu. Es wäre gewiß kein allzu großes Problem, die Marktanbindung dieser Institute einzuschränken oder gar abzuschaffen – entsprechende Vorschriften und Verbote lassen sich gewiß aus den Statuten der Universitätsverfassungen ableiten – wenn man nur wollte. Für viele Institute bedeutet diese Marktanbindung zweifellos ein sehr willkommener finanzieller Zugewinn, was bei der derzeitigen Notlage nicht weniger Universitäten erklärbar ist. Die Alternative in diesen Fällen ist sehr einfach – Vater Staat greift tiefer in die Tasche und die Studenten zahlen erhöhte Studiengebühren.

Auf einen Aspekt der Wissenschaftsfreiheit muß ich an dieser Stelle noch etwas ausführlicher eingehen. Unlängst bekam ich einen Leserbrief als Diskussionsbeitrag zu einem von mir herausgegebenen Sammelband, den ein Autorenteam im vorigen Jahr vorgelegt hat unter der Überschrift: „Technologiepolitik und kritische Vernunft. Wie geht die Linke mit den neuen Technologie um?“ In diesem Leserbrief wird entrüstet vermerkt, dass die Autoren (in drei der Beiträge) die Grüne Gentechnik befürworten. Das jedoch verstoße gegen die Beschlüsse der Linkspartei. Abgesehen davon, dass die Linkspartei durch etliche Funktionsträger zwar die Ablehnung der Grünen Gentechnik (und der Atomkraftwerke) in Wort und Schrift vertritt, sind mir Parteibeschlüsse in dieser Richtung nicht bekannt. In einer Broschüre aus dem Jahr 2005, die die Materialien einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der umweltpolitischen Sprecher der PDS-Landtagsfraktionen enthält (in deren Namen herausgegeben von Roland Claus), werden Atomkraft und Grüne Gentechnik allerdings rundweg abgelehnt. Unter dem Titel „Wessen Welt ist die Welt. Unsere umweltpolitischen Vorschläge“ wird faktisch der Eindruck erweckt, als würde hier eine festgelegte Parteimeinung vertreten. Zur Grünen Gentechnik heißt es (sogar als Kapitelüberschrift), Grüne Gentechnik „ist weder wünschenswert noch notwendig“. Hatten wir das nicht schon einmal? Die Ablehnung einer ganzen Wissenschaftsdisziplin (auch hier war es die Genetik) durch die KPdSU und im Schlepptau auch durch die SED!? Ein Parteibeschluss (so es einen solchen expressis verbis schon gibt) gegen eine wissenschaftliche Arbeitsrichtung? Mir graust bei dieser Vorstellung! Aber ich gehe davon aus, dass in dieser Broschüre wie in einigen anderen Schriften von PDS-Autoren noch vor der Gründung der Linkspartei persönliche Standpunkte vertreten wurden. Aber generell gilt doch, dass man seitens einer demokratischen Partei tunlichst vermeiden sollte, wissenschaftliche Forschungsstrategien und ergebnisse zu beurteilen oder gar zu zensieren. Aber Meinungsäußerungen über die möglichen sachlichen und ethischen Folgen dieser Forschungen sind natürlich naheliegend und es gehört zum demokratischen Klima

hierzulande, solche Diskussionen auch austragen zu können. Es bleibt zu hoffen, dass die Linke keinen Glaubenskrieg gegen die Wissenschaft führt!

Zurück zu Fleissners Thesen. In These 4 wird vorgeschlagen, der Tendenz zur Spezialisierung der Einzelwissenschaften durch Stärkung integrativer Disziplinen „der Integration und des Überblicks“ entgegenzuwirken. Abgesehen davon, dass diese Tendenz seit mindestens einhundertfünfzig Jahren die Entwicklung der Wissenschaft beherrscht und eine wichtige Voraussetzung ihrer Erfolge bildet, ist diese Spezialisierung nach wie vor eine wissenschaftsinterne Notwendigkeit. Die Integration verschiedenster Disziplinen und die Organisierung des Überblicks dürfte jedoch auch in den Zuständigkeitsbereich der wissenschaftlichen Einrichtungen fallen; sie zum Arbeitsfeld der Wissenschaftspolitik zu erklären, halte ich für überflüssig. Ich glaube, sie muß sich keine Mühe geben, um die Akropolis nach Athen zu transportieren. Zusammenarbeit gehört in der Regel zu den Problemlösungspotentialen der Wissenschaften, wobei die Wissenschaftler oft genug selbst interdisziplinäre Forschungsgruppen organisieren und nicht erst auf entsprechende wissenschaftspolitische Vorschriften warten. Fleissners Anregung, hier unter anderem auf die „materialistische und präzisierte dialektische Philosophie“ und „Widerspiegelungstheorie als Erkenntnistheorie“ zurückzugreifen und diese zu reaktivieren, muß man wohl auch mit einem Fragezeichen versehen. Dialektische Philosophie ist fraglos ein Bestandteil der modernen mit der deutschen Klassik einsetzenden philosophischen Tradition und gehört zu den großen Denkschulen der europäischen Kultur. Man darf allerdings nicht übersehen, dass die unkritische Handhabung dieser dialektischen Philosophie durch nicht wenige ihrer Vertreter, ihre Erhebung in den ideologischen Adelsstand durch dialektisch geschulte Politiker und Parteipraktiker in linken Parteien diese Philosophie ziemlich auf den Hund gekommen ist. Ob dies ein bloßes Wendephänomen ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. Ich weiß aus eigenem Freundeskreis, dass nicht wenige Naturwissenschaftler nach wie vor in der dialektischen Methodologie ein willkommenes Erkundungsinstrument gerade für den von Fleissner angezielten Problembereich erblickten und erblicken. Ein bekannter amerikanischer Wissenschaftsphilosoph hat mir bei einer Wiederbegegnung nach der Wende auf meine zaghafte Frage, ob er seine frühere Liebe zum dialektischen Materialismus inzwischen zu den Akten gelegt habe, mit der Gegenfrage geantwortet, was der politische Zusammenbruch mit der Gültigkeit naturphilosophischer Aussagen zu tun habe? Ich mag diese Gegenfrage hier nicht diskutieren und bin mir nicht sicher, inwieweit man aus der Gesamtheit marxistisch-philosophischer Theoreme selektieren kann – zumindest fällt es mir schwer, das in zwei Sätzen auszudrücken. Was aber fraglos eine kognitive Sünde der Marxisten war, das betrifft die gnadenlose Ablehnung aller Inhalte aus der philosophischen Tradition und Gegenwart, die nicht mit dem Marxismus übereinstimmen. Dieser dogmatische Anspruch auf gnoseologische Alleinherrschaft hat den Marxisten nicht gut getan, gelinde ausgedrückt. Inwieweit die Widerspiegelungstheorie zur Stärkung integrativer Tendenzen in der Wissenschaft beitragen könne, wage ich nicht zu beurteilen. Ich weiß jedoch um die gegenwärtigen Debatten marxistischer Philosophen um die Tragfähigkeit dieser Theorie; verweise hier auf die Literatur.¹²

¹² Vgl. dazu die jüngste Stellungnahme in der linken Literatur zu diesem Problem von Renate Wahsner: „Die Materie der Erkenntnis kann nicht gedichtet werden“. Zu den Bedingungen einer materialistischen Spekulation

Mit These 5 wird Peter Fleissner ganz bestimmt ein positives Echo nicht nur aus der linken Ecke erfahren. Das Problem steckt darin, dass man herausarbeiten muß, welche Werte man in den Mittelpunkt rückt und welchen man nicht zuzustimmen vermag. Der Wert an sich ist kein Wert! Frieden und soziale wie ökologische Nachhaltigkeit werden breite Zustimmung finden. Wie es mit religiösen Grundwerten steht, ist schon eine andere Frage. Mit der Bergpredigt stimmen auch die sogenannten „Atheisten“ problemlos überein. Aber schon die Abstempelung der „Atheisten“ als Gottesleugner stellt diese außerhalb der menschlichen Kulturwerte, zumindest im Vorherrschaftsbereich der katholischen und teilweise auch der evangelischen Ausprägung der christlichen Glaubenslehre; was im Prinzip aber für alle Religionen gelten dürfte. Das Wertproblem ist also keine Frage der Wissenschaftspolitik. Was Fleissner meint, das sind allgemeine Fragen der Persönlichkeitsbildung, der Ausbildung der Charaktere sowie der weite Bereich dessen, was er „kulturelle Erfahrungen“ nennt. Das dürfte natürlich die Bildungspolitik nicht aussparen. Hier stehen viele neue Bildungswege offen: Kunsterziehung einschließlich der praktischen Unterweisung in den Künsten, eine vertiefte Beziehung zur Welt der Literatur und vieles mehr. Eher wieder auf die Wissenschaft zugeschnitten sind durch den Fortschritt der Wissenschaft produzierte Herausforderungen an traditionelle ethische Auffassungen, wie sie die Reproduktionsbiologie, die Rote und die Grüne Gentechnik, die Bestimmung des individuellen Lebensbeginns (zur Frage des Schwangerschaftsabbruchs) und andere mehr vorlegen. Hier geschieht schon eine ganze Menge von der Spezialvorlesung an der Universität bis zur Überzeugungsarbeit des Nationalen Ethikrates.

Die Vorschläge Fleissners zur Neugestaltung des Verhältnisses der Wissenschaftspolitik zur Massenkultur, zu neuen Unterrichtsformen und zu sozialen Experimenten hinsichtlich alternativer Arbeits- und Lebensformen würden, so sie wissenschaftspolitisch adoptiert werden, den Inhalt von Wissenschaftspolitik grundlegend neu gestalten. Hier steckt natürlich der Teufel im Detail. Der nächste Schritt muß auf diesem Felde konkret ausformuliert werden; in der jetzigen allgemeinen Form ist dieser Thesenbereich (6 bis 8) kaum politisch umsetzbar, dürfte allerdings linke Kulturpolitik direkt betreffen. Der Themenbereich der These 9, das Problem der frei der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellenden Ergebnisse öffentlich finanzierter Wissenschaftsinstitute, ist in der linken Literatur schon (und durchaus kontrovers) debattiert worden. Die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen – die Grundidee ist sozial um nicht zu sagen sozialistisch.¹³ Wie das zu realisieren ist, müsste den wissenschaftspolitischen Instanzen allerdings beigebracht werden. Ich habe da so meine Bedenken, wie der Beamtenstab in den betreffenden Ministerien eine schöpferische Lösung finden wird. Und auch die These 10 hat den Reiz einer nur angedeuteten Problematik. Daß neue Technologien in der Spaßgesellschaft einem breiten Publikum vorgestellt und mit den Bedürfnissen spezifischer Gruppen abgestimmt werden, halte ich für eine fast schon überflüssige Empfehlung an die Wissenschaftspolitik, denn was sich in der Bedürfniswelt nicht von selbst lautstark artikuliert, hat keine Chance, aufgenommen zu werden.

bzw. Dialektik und zur Unmöglichkeit einer monistischen Abbildtheorie. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. Nr. 77, März 2009, S.138 – 157.

¹³ Vgl. Hans-Gert Gräbe: Geistiges Eigentum, Gemeineigentum und die Eigentumsfrage. Ein Plädoyer gegen geistiges Eigentum als Konzept. In: Rohrbacher Manuskripte, Heft 12, Leipzig 2006.

Eine generelle Schlussfolgerung zum Thesenpapier Fleissners fällt mir nicht leicht. Generell sollte man - geht man an die Arbeit, ein Wissenschaftskonzept der Linken auszuarbeiten – es nicht links liegen lassen. Zu vielen Vorschlägen fehlt mir das Eingehen auf bereits oft Vorgetragenes zu diesem Themenbereich. Und es fehlt ein zündender Gedanke, der alle 10 Thesen umgreift und deutlich macht, wodurch sich linke Wissenschaftspolitik generell auszeichnet. Wünschbar wäre die Herausarbeitung einer gesellschaftstheoretischen Basis; und natürlich die Auflistung der wichtigsten Ansatzpunkte, um mit einer solchen Wissenschaftspolitik in die politische Szenerie einzugreifen. An diesem Punkte müsste Peter Fleissner „nachfassen“, wie man so schön sagt, aber auch all die anderen, die bei den Linken schon längere Zeit Wissenschaftspolitik „machen“.